

Bremeneckgasse 2,
69117 Heidelberg
Tel. 06221/98 11 01
Fax: 06221-98 11 90
E-mail:
zentralrat@sintiundroma.de

Vorlage für die „OSZE-Implementierungskonferenz“

am 11. Oktober 2006 in Warschau

Thema: Nationale Minderheiten/Roma und Sinti

Für Internationale Konferenz gegen die „Verbreitung von Hass im Internet“ mit Beteiligung der Medien- und Provider- Industrie

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma bittet die OSZE- Implementierungskonferenz um Unterstützung: Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird gebeten, in Berlin eine internationale Konferenz gegen rechtsextremistische Hass-Propaganda im Internet zu veranstalten. Ziel soll die Festlegung von neuen staatenübergreifenden Bekämpfungsmaßnahmen sein.

Ein Beispiel ist das rassistische gegen Sinti und Roma ebenso wie gegen Juden gerichtete deutschsprachige „freeyourmind“-Forum. Die im März 2006 vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma eingeschaltete Staatsanwaltschaft schrieb jetzt, sie könne das Forum nicht sperren, weil es von Deutschland aus über eine Betreiberfirma im Ausland gesteuert werde. Das Internet-Forum nimmt den öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen der Landesregierung in Rheinland-Pfalz und dem Landesverband des Zentralrats zum Anlass für rassistische Hetze mit Worten wie „drecksiges Zigeunerpack“, „stehlender Mob“ und „Judentum ist Verbrechen“ und für Gewaltaufrufe wie „Nur mit Waffengewalt wird sich etwas tun...Rot ist das Blut auf dem Asphalt“ und „Einzigste Lösung - die Endlösung!“ Vor dieser Hass-Propaganda der Neonazis im Internet und vor dem Mißbrauch der Kommunikationstechnik des Internet darf nicht kapituliert werden.

Die Durchführung einer internationalen Konferenz wurde bisher ohne überzeugende Gründe abgelehnt. In einem Brief an den Zentralrat wurde von Seiten des Bundesjustizministeriums zur Ablehnungsbegründung die „Befürchtung“ geäußert, eine solche Konferenz würde sich „bald wieder auf die abstrakten Grundsatzfragen konzentrieren“. Das ist unvertretbar, denn seit der von der Bundesregierung und dem Simon-Wiesenthal-Center/Los Angeles durchgeführten ersten „Internationalen Tagung gegen die Verbreitung von Hass im Internet“ im Jahre 2000 in Berlin wurde nicht die Klärung aller wichtiger Grundsatzfragen erreicht. An der Konferenz im Jahre 2000 nahmen Justizminister aus vielen europäischen Staaten, Kongreßabgeordnete aus den USA, die Leiter des FBI, des Verfassungsschutzes und der Bundesanwaltschaft sowie Vorstände von Medienkonzernen wie Bertelsmann, AOL und Amazon teil. Das Ziel der damaligen gemeinsamen „Berliner Erklärung“, „was offline strafbar ist, muss auch online verboten sein“, wurde aber in der Praxis nicht erreicht.



HAUSANSCHRIFT Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn

POSTANSCHRIFT Postfach 17 02 90, 53108 Bonn

TEL +49 (0)1888 681-

FAX +49 (0)1888 681-

BEARBEITET VON

E-MAIL

INTERNET

DIENSTSITZ Bonn

DATUM Bonn, 6. Oktober 2006

AZ M II 4 - 093

Stellungnahme der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

zu der Vorlage des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma
für die „OSZE-Implementierungskonferenz“ am 11. Oktober 2006 in Warschau
mit der Forderung nach einer internationale Konferenz gegen die „Verbreitung
von Hass im Internet“

Die Bundesregierung teilt die Auffassung des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, dass gegen die Verbreitung von Rassismus und Hass im Internet entschieden vorgegangen werden muss. Sie räumt diesem Feld einen hohen Stellenwert ein. Neben den Schwierigkeiten in diesem Bereich darf aber nicht übersehen werden, dass es in den letzten Jahren auch wichtige Fortschritte gegeben hat. Ein solcher Fortschritt war die Verabschiedung des Zusatzprotokolls zum Cybercrime-Übereinkommen des Europarats, das die Kriminalisierung mittels Computersystemen begangener Handlungen rassistischer und fremdenfeindliche Art regelt und dafür Mindeststandards setzt. Aus der Sicht der Bundesregierung muss es nun in erster Linie darum gehen, derartige Übereinkommen mit Leben zu erfüllen. Es geht darum, die praktische Zusammenarbeit im grenzüberschreitenden Bereich zu fördern und zu verbessern. Zu diesem Zweck stellt die deutsche Bundesregierung z.B. finanzielle Mittel für Vereine zur Verfügung, die gegen Hass und Rassismus im Internet vorgehen. Sie ist der Überzeugung, dass der Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Internet mit solchen praktischen Maßnahmen besser gedient wird, als mit der Ausrichtung einer weiteren internationalen Konferenz.